INDUSTRIE
KULTUR
GESCHICHTE

Netzwerk Industriekultur Niedersachsen e. V. (NIN)

Netzwerk Industriekultur Niedersachsen e. V. (NIN)

Newsletter 2026/4

Die Elektrizitätsversorgung im Kontext der Industrialisierung
Hannover und sein Umland 1

Wo die Schiffchen noch fliegen – ein Besuch in der Leinenfabrik in Steinhude 6

Kurz notiert 9

Termine 10

Bitte vormerken!

Industriegeschichtliches Kolloquium 2027 – Industrie und Glas

10. April 2027 – 10.30 Uhr bis 16.00 Uhr

Bad Münder, Hotel Terrassencafé

Nähere Informationen im NIN-Newsletter 2027/1

Die Elektrizitätsversorgung im Kontext der Industrialisierung Hannover und sein Umland

Vor dem Hintergrund existenter und imaginierter Probleme im Kontext der Energieversorgung der industrialisierten Staaten kommt der Elektrizitätsversorgung eine wachsende Bedeutung zu. Sogenannte regenerative Energieträger sollen die fossilen ablösen, aus Gründen der Ökologie und der Versorgungssicherheit. Ob es möglich ist, die in dieser Hinsicht bestehenden Schwierigkeiten, beispielsweise mithilfe gigantischer Speicherkapazitäten die Grundlastfähigkeit zu gewährleisten, dauerhaft und effektiv zu beseitigen, ist nicht Gegenstand der folgenden Betrachtung. Vielmehr sollen, am konkreten Beispiel Hannovers und seines Umlandes, relevante Aspekte der Elektrizitätsversorgung im Kontext der Industrialisierung geschildert werden. Der Text besteht aus vier Teilen, die nachfolgend sowie im NIN-Newsletter 2027/1 erscheinen.

Teil 1 – Energie und Elektrizität

Energie, griechisch enérgeia, gleich: wirkende Kraft, ist die Fähigkeit, mechanische Arbeit zu verrichten, Wärme abzugeben oder Licht auszustrahlen. Energie ist zugleich das Zauberwort der „Großen Industrie“ und als Diskussionsgegenstand auch heute, an der Schwelle zum postindustriellen Zeitalter, allgegenwärtig. Energieverbrauch, Energiesparen, Energiewende, regenerative Energien, diese und andere Begriffe kursieren, obwohl vielen eines gemein ist: Sie sind, physikalisch gesehen, vollkommener Unsinn. Doch darum geht es natürlich nicht. Vielmehr ist der aktuelle Diskurs über Energiethemen nur ein Aspekt einer großen Debatte, die geführt wird, seit die Auswirkungen anthropogenen Wirtschaftens auf die Umwelt unübersehbar geworden sind und diese, jedenfalls als Lebensraum der Spezies Mensch, in absehbarer Zeit zu zerstören drohen.

In diesem Zusammenhang ist es interessant, sich mit dem Terminus ‚Energieträger‘ näher zu befassen. Darunter sind Stoffe, Impulse, Strahlung oder Felder zu verstehen, die Energie enthalten oder übertragen. Zu unterscheiden ist zwischen Primärenergieträgern, beispielsweise Kohle und Erdöl, Sekundärenergieträgern, in erster Linie Elektrizität, und sogenannten Zwischenenergieträgern wie Dampf oder Druckluft. Im ökologischen Kontext sind die Kategorien ‚fossile‘ und ‚regenerative‘ Energieträger bedeutsam.

Mit der industriellen Revolution vollzog sich ein fundamentaler Wandel in der Nutzung der verschiedenen Energieträger. Im Verbund mit der ständig wachsenden Verarbeitung von Ressourcen ist er für die erwähnten Umweltveränderungen ursächlich. Betrachtet man die energetische Basis, die dem Menschen für sein Tun zur Verfügung steht, über einen langen Zeitraum hinweg, wird deutlich, welche Zäsur der Beginn der Industriezeit darstellt.

Die Sonne ist die mit Abstand wichtigste Energiequelle für die Biosphäre der Erde. Die Jäger- und Sammlergesellschaften schöpften in ihrer ökologischen Nische genau so viel Energie ab, wie diese dauerhaft nachliefern konnte. Auch für die Agrargesellschaften, deren Entwicklung vor 10.000 Jahren begann, blieb die Sonne die einzige Energiequelle, doch modifizierten sie den Energiefluss in wesentlich stärkerem Maße als die Jäger und Sammler. Dennoch blieben sie immer mit einem stationären Zustand konfrontiert, in dem sie von ihrem Lebensraum genau so viel Energie beziehen konnten, wie dieser dauerhaft zur Verfügung stellte.

Mit der Nutzung fossiler Brennstoffe, in erster Linie Kohle, setzte sich die Industrialisierung durch. Der Zugriff auf fossile Energien versetzt die Industriegesellschaft in einen – vorübergehenden – Zustand des Energieüberflusses, der aber nicht von Dauer sein kann. Das Energiesystem der Industriegesellschaften muss in absehbarer Zeit durch eine Alternative ersetzt werden. Ein Verbund von Photovoltaik, Solarthermie, Wind- und Wasserkraft, Geothermie und Biomasse ist denkbar. Wie das traditionelle Solarenergiesystem strebt es aber einem stationären Maximum zu. Trotz vielfältiger Möglichkeiten der Modulation ist es kein Garant unendlicher Wachstumsdynamik, die in jüngster Zeit ohnehin viel von ihrem einstigen Nimbus als alleiniger ‚Heilsbringer‘ verloren hat.

Die Elektrizität als Sekundärenergieträger ist, bezogen auf den Beginn ihrer allgemeinen Anwendung, eine relativ neue Energieform. Ihre Ausbreitung und Verwendung seit dem Ende des 19. Jahrhunderts gilt allgemein als „Zweite industrielle Revolution“. In der Tat löste die generelle Nutzbarmachung der Elektrizität einen ähnlich großen Wandel aus wie die Verwendung der Dampfmaschine in der Zeit der „Ersten industriellen Revolution“. Während die Dampfkraft den Übergang von agrarisch-handwerklich orientierten Produktionsweisen zur Industriegesellschaft mit all ihren sozialen Problemen verursachte, brachte die Elektrizität rund 100 Jahre danach einen neuen Innovationsschub von großen Ausmaßen.

Im Jahre 1800 hatte der italienische Physiker Allesandro Volta die Konstruktion der nach ihm benannten „Volta´schen Säule“ veröffentlicht. Dabei handelt es sich um eine Vorform der heutigen Batterie, in der Elektrizität mittels chemischer Umwandlung entsteht. Nur rund 20 Jahre später, 1821, entdeckte der Engländer Michael Faraday die elektromagnetische Rotation. 1831 gelang ihm der Nachweis der elektromagnetischen Induktion, der Grundlage für den Bau von Generatoren. Zwar nutzte man Elektrizität ab Mitte des 19. Jahrhunderts vereinzelt zu Beleuchtungszwecken, doch

waren sowohl galvanische Elemente als auch magnetelektrische Maschinen recht aufwendig und teuer. Der eigentliche Innovationsschub in der Elektrizitätserzeugung und -nutzung bestand in der Entdeckung des dynamoelektrischen Prinzips, die 1866 mehreren Forschern, unter ihnen Werner Siemens, unabhängig voneinander gelang. In den folgenden Jahren entstanden auf der Basis dieser Entwicklung immer leistungsfähigere elektrische Maschinen. Die Erzeugung und Nutzung elektrischer Energie nahm ihren raschen Aufschwung. Im Jahre 1875 bestand die deutsche Elektroindustrie nur aus 88 Betrieben mit insgesamt 1.296 Beschäftigten. 1895 belief sich die Zahl der Unternehmen schon auf 673, die der Beschäftigten auf 18.707. 1907 arbeiteten in Deutschland insgesamt 91.249 Personen in 1.011 Betrieben der Elektroindustrie.

Im Unterschied zur zwangsläufig zentral eingesetzten Dampfkraft in der Massenproduktion, ermöglichte die Elektrizität, auch dezentrale Arbeitsweisen ökonomisch zu gestalten und verhalf so Handwerk und Kleingewerbe zu neuer Produktivität. Elektrische Energie fand bald vielseitige Anwendung im Bereich von öffentlicher und privater Beleuchtung, trotz großer Konkurrenz durch Gas und Petroleum. Sie wurde im Haushalt und für medizinisch-hygienische Zwecke eingesetzt. Im Laufe der Zeit erfolgte unter Anwendung der Elektrizität die Entwicklung neuer Technologien unter anderem in den Bereichen der Nachrichtentechnik und Datenverarbeitung – heute aufgrund ihrer Tragweite als „Dritte industrielle Revolution“ bezeichnet.

Teil 2

Zentralisierung kontra Eigenständigkeit

„Wie aus einer Bekanntmachung des Elektrizitätswerkes ersichtlich ist, sind die Arbeiten nunmehr soweit beendet, daß am Mittwoch mit der öffentlichen Stromabgabe begonnen werden konnte. Die Stromlieferung wird für den ganzen Monat März unentgeltlich erfolgen.“ Mit diesen Worten informierte der Volkswille, eine hannoversche Tageszeitung, seine Leserinnen und Leser am 6. März 1891 über den Betriebsbeginn des ersten, in der Osterstraße befindlichen, Elektrizitätswerks der Stadt. Im darauffolgenden Jahr begann die neu gegründete „Straßenbahn Hannover Aktiengesellschaft“ mit dem Aufbau eines Personen- und Gütertransportsystems, das bald weite Teile des hannoverschen Umlandes erfasste. Ihren gleichgespannten Fahrstrom erzeugte die Straßenbahn AG in einer Kraftstation an ihrem Zentralbahnhof in der Glocksee. Später kamen weitere Elektrizitätswerke hinzu: in Buchholz, Kirchrode, Rethen, Sehnde und Vahrenwald. Die großräumige Verteilung der Kraftwerke im Umkreis Hannovers lag darin begründet, dass die Straßenbahn parallel zum Ausbau ihres innerstädtischen Netzes Außenstrecken anlegte, die nach Barsinghausen, Großburgwedel, Haimar, Hildesheim und Langenhagen führten. Seine größte Ausdehnung erreichte das Schienennetz 1928 mit 167,3 Kilometern Strecken- und 317 Kilometern Gleislänge.

In breiten Korridoren entlang ihrer Außenstrecken versorgte die Straßenbahn AG als Überlandwerk eine Vielzahl von Abnehmern mit elektrischer Energie. Sie leistete somit nicht nur die verkehrstechnische Erschließung des hannoverschen Umlandes, sondern trug zum Aufbau einer modernen Versorgungsinfrastruktur im Kontext kommunaler Daseinsvorsorge bei. Doch der Abschluss von Elektrizitätslieferungsverträgen mit hannoverschen Vororten, deren Eingemeindung in absehbarer Zeit bevorstand, barg die Gefahr rechtlicher Auseinandersetzungen mit der Stadt Hannover, die ihr eigenes Stromversorgungsnetz auf die neuen Stadtteile ausdehnen wollte. In der Tat kam es im Jahr 1907 zu einem Rechtsstreit zwischen der Straßenbahn und der Stadt über die Versorgung der eingemeindeten Ortschaften Wülfel, Klein Buchholz, Bothfeld und Kirchrode.

Im Jahr 1910 begann eine Debatte um die Elektrizitätsversorgung Hannovers und seines Umlandes, welche deren jeweilige Eigenständigkeit grundsätzlich in Frage stellte. Seit 1895 entstanden Überlandzentralen und Elektrizitätslieferungsgesellschaften, die mit Spannungen zwischen 2.000 und 10.000 Volt mehrere Ortschaften mit Strom versorgten. In diesem Zusammenhang existierten bald auch die ersten Wasserkraftwerke. Bei der Übertragung der Energie überschritten die Spannungen für die Freileitungen bald die Grenze von 100.000 Volt. Ab etwa 1910 schlossen sich Elektrizitätswerke zu größeren Unternehmen zusammen, teilweise unter Wahrung ihrer wirtschaftlichen

Selbstständigkeit. Verbundsysteme entstanden, was die Erzeugungskosten senkte, denn es reichten geringere Reserveleistungen aus. Die Dimension der Anlagen wuchs und neben der Wasserkraft begann die Nutzung von Braunkohle als Energieträger. Im Zuge wachsender Konzentrationen bildeten sich Monopole großer Firmen, wie Siemens und AEG, heraus. Großanlagen erhielten häufig öffentliche Gelder als Fördermittel, die Länder oder der Staat übernahmen die Werke zum Teil selbst. Bei vielen Kommunen stieß die staatlich gelenkte Elektrizitätsversorgung aber auf Widerstand, da sie um ihre Eigenständigkeit fürchteten.

Der Staat Preußen entschloss sich relativ spät, eine eigene Elektrizitätsversorgung zu betreiben. Die Privatunternehmen hatten sich zunächst für die Landesteile interessiert, deren Versorgung den höchsten Gewinn versprach. Preußen wollte durch entsprechende Maßnahmen auch die Versorgung der dünnbesiedelten Gebiete sicherstellen. Aufgrund des Mittellandkanal-Gesetzes vom 1. April 1908 entstand von 1909 bis 1912 bei Dörverden an der Weser ein Stauwerk, der Bau der Edertalsperre schloss sich an. Ein Gesetz vom 9. Juni 1913 sah die Errichtung von Wasserkraftwerken an den Staudämmen vor.

An diese Planungen und Projekte dachte der damalige hannoversche Stadtdirektor Heinrich Tramm offenbar, als er sich im Frühjahr 1910 beim Preußischen Ministerium für öffentliche Arbeiten erkundigte, ob die hannoversche Elektrizitätsversorgung an eine große Überlandzentrale angeschlossen werden könne. Er setzte damit eine Diskussion in Gang, die erst im Jahre 1917 ihren vorläufigen Abschluss fand. Eine Rentabilitätsberechnung zum Strombezug aus Dörverden fiel im April 1910 zugunsten der städtischen Eigenerzeugung aus. Im März 1913 verhandelte Tramm erneut mit dem Ministerium für öffentliche Arbeiten. Dessen neue Planung sah ein Großkraftwerk am Deister zur Nutzung der dortigen Kohlevorkommen und die Stilllegung des 1902 in Betrieb genommenen sogenannten Drehstromwerks der Stadt Hannover vor. Im Mai 1913 kam es zu einem Treffen des Ministers für öffentliche Arbeiten und Vertretern der Stadt. Letztere sahen den Ausbau des eigenen Kraftwerks als die günstigere Variante an, während die staatliche Seite den Bau des Großkraftwerks bei Barsinghausen favorisierte. Die Städte Hannover und Linden sowie die Straßenbahn AG als potenzielle Abnehmer sollten ein gemischtwirtschaftliches Unternehmen gründen und den Strom mittels zweier Leitungen beziehen.

Zu einer Einigung kam es nicht und die Angelegenheit trat angesichts der politischen Ereignisse, dem Ausbruch des 1. Weltkrieges, zunächst in den Hintergrund. Im Jahr 1916 legte der Direktor des hannoverschen Elektrizitätswerks, Hermann Riggert, eine neue Wirtschaftlichkeitsberechnung vor, in der er die Vorteile der Eigenerzeugung elektrischer Energie deutlich herausstellte. In einer gemeinsamen Stellungnahme wandten sich der Preußische und der Deutsche Städtetag gegen eine staatliche Energieversorgung, da diese sich negativ auf die kommunalen Finanzen auswirke. Aus den laufenden Verhandlungen kristallisierte sich schließlich eine Vereinbarung heraus, die auf den Fortbestand des städtischen Kraftwerks und den zusätzlichen Strombezug von einer staatlichen Anlage hinauslief. Das Ministerium für öffentliche Arbeiten legte auf das Zustandekommen eines Vertrages großen Wert, da der Landtag ein Gesetz zur Ausnutzung der Deisterkohle verabschieden wollte. Im Herbst 1917 kamen die Verhandlungen zu einem Abschluss. Das geplante staatliche Großkraftwerk sollte die Stadt Linden und das gesamte Stromnetz der Straßenbahn versorgen. Das städtische Drehstromwerk blieb bestehen und die Stadt bezog einen Teil des benötigten Stroms vom Großkraftwerk. Anhand der Betriebsergebnisse sollte überprüft werden, ob das Großkraftwerk letztendlich den gesamten Bedarf der Stadt decken konnte; der Vertrag enthielt eine entsprechende Option. Vereinbart wurde eine Vertragsdauer von 30 Jahren und der Beginn der Lieferung zwei Jahre nach Kriegsende. Die Übereinkunft datiert vom 13. Oktober 1917.

In den 1920er Jahren setzten sich die Bestrebungen des Staates, in den Bereich der kommunalen Elektrizitätsversorgung einzugreifen, fort und verursachten erhebliche Auseinandersetzungen auf kommunaler Ebene. Am 31. Dezember 1919 trat das „Gesetz, betreffend die Sozialisierung der Elektrizitätswirtschaft“ in Kraft, das Folgendes vorsah: „Das Reichsgebiet ist bis spätestens 01.10.1921 zum Zwecke der Elektrizitätsbewirtschaftung in Bezirke einzuteilen, die sich nach wirtschaftlichen

Gesichtspunkten gliedern. Für diese Bezirke sind unter Führung des Reiches Körperschaften oder Gesellschaften zu bilden, in denen jedenfalls die der Erzeugung und Fortleitung elektrischer Arbeit dienenden Anlagen zusammenzuschließen sind, mit Ausnahme derjenigen Unternehmungen, die die von Ihnen erzeugte elektrische Arbeit ausschließlich oder ganz überwiegend für die eigenen Betriebe verbrauchen." Außerdem war das Reich befugt, „das Eigentum oder das Recht der Ausnutzung von Leitungen ab 15 kV aufwärts und von Erzeugungsanlagen mit einer installierten Maschinenleistung (bzw. von Wasserkraftkonzessionen mit einer Leistungsfähigkeit) von 5 MW und mehr zu übernehmen". Dieses Gesetz, mit dem große Versorgungsanlagen und Verbundleitungen in den Besitz des Reiches übergehen sollten, fand in den kommenden Jahren allerdings keine Anwendung.

Am 11. April 1920 richtete der hannoversche Magistrat ein Schreiben an den Oberpräsidenten der Provinz, in dem er Bezug nahm auf den 1917 geschlossenen Vertrag. Die seitens der Stadt eingegangene Verpflichtung zur Stromabnahme betrachtete der Magistrat als hinfällig, da die Garantie, das Werk zwei Jahre nach Kriegsende in Betrieb zu nehmen, nicht mehr einzuhalten war. Die Stadt erklärte sich aber unter Beachtung des Sozialisierungsgesetzes bereit, in „Verhandlungen über den Austausch elektrischer Arbeit" einzutreten.

Im Jahr 1921 erhielten die Pläne für ein staatliches Großkraftwerk eine andere Wendung. Die Überlegungen zielten darauf ab, eine Anlage im Helmstedter Braunkohlebezirk bei Alversdorf zu errichten. Zu diesem Zweck sollten Preußen, Braunschweig und die Provinz Sachsen eine Aktiengesellschaft gründen, mit den „Braunschweigischen Kohlebergwerken" (BKB) einen Braunkohlenlieferungsvertrag abschließen und diese an der Aktiengesellschaft beteiligen. Zu Beginn des Jahres 1922 scheiterte das Projekt, weil die Aktienmajorität der BKB in den Besitz der den RWE nahestehenden „Rhein-Elbe-Union" überging und der neue Aufsichtsrat der BKB den Vertrag ablehnte.

Nach dem Scheitern der Helmstedter Pläne bestand der Gedanke an die Errichtung einer Aktiengesellschaft fort. Da sich aber keine anderen Interessenten fanden, musste der Staat das gesamte Aktienkapital übernehmen. Als Standort für das staatliche Großkraftwerk kristallisierte sich schließlich Ahlem bei Hannover heraus. 1923 erfolgte die Zusammenfassung der staatlichen Elektrointeressen in der „Großkraftwerk Hannover AG", der die Anlagen des geplanten Kraftwerks Ahlem und die des Wasserkraftwerks Dörverden an der Weser angehörten. Im Jahre 1924 ging die Anlage bei Ahlem in Betrieb. Derweil gab es in Hannover noch heftige politische Auseinandersetzungen über den Strombezug. Der sozialdemokratische Oberbürgermeister Leinert sah in der Kontroverse um das Großkraftwerk einen „der größten Kämpfe des Privatkapitals gegen den Staat". Er lehnte die kommunale Eigenständigkeit in der Energieversorgung ab und betrachtete das staatliche Großkraftwerk als ein Gegenmittel gegen die befürchtete private Monopolisierung in der Elektrizitätswirtschaft an. Hermann Riggert als Leiter der städtischen Elektrizitätsversorgung blieb bei seiner schon 1917 vertretenen Auffassung, das städtische Werk könne den Strom billiger erzeugen.

Am 27. Juni 1925 erfolgte schließlich der Vertragsabschluss zwischen der Großkraftwerk Hannover AG und der Stadt Hannover. Strom aus dem Großkraftwerk wurde an zwei Punkten ins städtische Netz eingespeist, das Entgelt für die zu liefernde Energie variierte und hing von den jeweiligen Kohlepreisen ab. Mit dem Vertrag begab sich Hannover nicht in eine große Abhängigkeit, da die Stadt nur etwa 25 Prozent ihres damaligen Bedarfs beziehen wollte, ihr eigenes Werk beliebig ausbauen konnte und der Staat den Bestand ihres Versorgungsgebietes garantierte.

Der Vertrag beseitigte die Differenzen zwischen der Stadt Hannover und dem preußischen Staat keineswegs. Die „Großkraftwerk Hannover AG" ging 1927 in der „PreußenElektra", kurz Preag, auf. Die Gesellschaft fasste alle elektrowirtschaftlichen Unternehmungen des Preußischen Staates zusammen. In den Besitz der Preag kamen auch die Aktien der hannoverschen Straßenbahn, die ab 1921 unter der Bezeichnung „Überlandwerke und Straßenbahn Hannover AG" – ÜSTRA – firmierte und deren Aktienmehrheit seit 1923 dem Preußischen Staat gehörte. Die straßenbahneigenen Kraftwerke gingen 1924 vom Netz. Die ÜSTRA bezog den für den Fahrbetrieb und die Versorgung der angeschlossenen Ortschaften nötigen Strom vom Großkraftwerk. Im Jahr 1929 erfolgte die Verselbstständigung des Bereichs der Überlandwerke der Straßenbahn als „Hannoversche Stromver-

sorgungs AG“. Noch im selben Jahr entstand daraus durch Zusammenschluss mit der „Überlandwerk Braunschweig GmbH“ die „Hannover-Braunschweigische Stromversorgungs AG“, kurz Hastra. Infolgedessen verlagerte sich die eingangs erwähnte Konkurrenz von Stadt und ÜSTRA nun auf die Ebene Stadt – Preag/Hastra und führte dort zu weiteren Auseinandersetzungen. Die Versorgung des hannoverschen Umlandes blieb bis 1999 Aufgabe der Hastra. Dann erfolgte der Zusammenschluss mit der „Energieversorgung Magdeburg AG“ (EVM), der „Ferngas Salzgitter AG“ (FSG), der „Landesgasversorgung Niedersachsen AG“ (Landesgas) und der „Überland-Zentrale Helmstedt AG“ (ÜZH) zur „Avacon AG“, die im Juni 2005 zur „E.ON Avacon AG“ umfirmierte.

Teil 3 – Das Zeitalter des Massenkonsums (folgt im NIN-Newsletter 2027/1)

Teil 4 – Transport und Produktivität (folgt im NIN-Newsletter 2027/1)

Literatur

Grohmann, Olaf: Der Güterverkehr der hannoverschen Straßenbahn 1899–1953. In: Netzwerk Industriekultur im mittleren Niedersachsen e.V. (Hrsg.): Industrie und Mobilität (= Netzwerk Industriekultur Heft 6). Hannover 2017, S. 33–40.

Grohmann, Olaf: Geschichte der Wasser- und Energieversorgung der Stadt Hannover. Von den Anfängen bis zur Gegenwart. Hannover 1991.

Lindner, Helmut: Strom. Erzeugung, Verteilung und Anwendung der Elektrizität. Deutsches Museum München: Kulturgeschichte der Naturwissenschaften und der Technik. Reinbek bei Hamburg 1985.

Mlynek, Klaus / Röhrbein, Waldemar: Stadtlexikon Hannover. Hannover 2009.

Moch, Horst: Deutschlands größter Straßenbahn-Güterverkehr. Hannover 1899–1953. Hannover 1986.

Moch, Horst: Straßenbahn in Hannover. Nordhorn 2004.

Schivelbusch, Wolfgang: Lichtblicke. Zur Geschichte der künstlichen Helligkeit im 19. Jahrhundert. Frankfurt a. M. 1986.

Sieferle, Rolf Peter: Energie, in: Rommelspacher, Thomas u. F. J. Brüggemeier: Besiegte Natur. Zur Geschichte der Umwelt im 19. und 20. Jahrhundert. München 1987.

(Olaf Grohmann)

Wo die Schiffchen noch fliegen – ein Besuch in der Leinenfabrik in Steinhude

Ein Kennzeichen der industriellen Epoche ist der „Faktor Masse“ – die Massenproduktion. In Verbindung damit sind der Massentransport und der massenhafte Einsatz von Rohstoffen sowie Energieträgern zu sehen. Auch die Zahl der in der Industrie Beschäftigten verlangt nach einer entsprechenden Charakterisierung. Und schließlich darf nicht übersehen werden, dass Massenproduktion nur erfolgreich sein kann, wenn ein Massenabsatz garantiert ist. Hinsichtlich der Endprodukte bedeutet dies, dass die Geschichte der Industrialisierung mit Betrieben einer Branche beginnen musste, die von zahlreichen potenziellen Käufern ausgehen durfte.

In Deutschland ist die Industrialisierung eng mit der Schwerindustrie und deren Investitionsgütern sowie dem neuen Transportmittel Eisenbahn verbunden. Doch das Geburtsland der Industrie ist Großbritannien. Bereits im letzten Drittel des 18. Jahrhunderts gründete man dort Großbetriebe. Für den Transport stand noch keine Eisenbahn zur Verfügung, aber ein beachtliches Kanalnetz. Die optimierte Dampfmaschine begann gerade erst ihren Siegeszug, also spielte noch die Wasserkraft eine wichtige Rolle. Und als Kunden standen breite Bevölkerungsschichten zur Verfügung, die nach preislich günstiger Kleidung suchten. Die Textilindustrie wurde daher zum Leitsektor der frühen Industrialisierung auf den britischen Inseln. Die Mechanisierung der Produktionsprozesse, zunächst

auf dem Gebiet der Spinnerei, dann durch die Erfindung des automatisch-mechanischen Webstuhls, bildete das technologische Fundament dieser Entwicklung.

Auch im heutigen Niedersachsen zählte die Textilindustrie schließlich zu den wichtigen Branchen der Industrialisierungsphase. Ein Schwerpunkt lag in der Region um Nordhorn. Als hannoversches Beispiel sei die „Döhrener Wolle“ erwähnt. Selbst im ehemaligen Fürstentum Schaumburg-Lippe existierte ein regionales Zentrum des Textilgewerbes, der Flecken Steinhude im Amt Hagenburg.

Bereits 1727 arbeiteten dort 45 Weber mit Handwebstühlen in ihren Häusern. Die Handweberei litt jedoch später massiv unter der Konkurrenz der neuen industriell gefertigten Produkte. Eine Folge war die allmähliche Abkehr vom Heimgewerbe, die Gründung von Gewerbetrieben und schließlich – nachvollziehend – der Weg in die Mechanisierung der Produktion. In Steinhude arbeiteten in den 1920er Jahren immerhin fünf größere Betriebe, darunter die Steinhuder Leinen-Industrie der Gebrüder Bretthauer, ein Unternehmen, das 1954 immerhin 194 Arbeitsplätze bot. In der Regel überlebten diese Firmen die Krise der bundesdeutschen Textilindustrie nicht.

Über die Geschichte des Steinhuder Textilgewerbes kann man sich aber nicht nur im Fischer- und Webermuseum, Adresse Neuer Winkel 8, oder in der von der Ortsgemeinschaft Seeprovinz des Schaumburg-Lippischen Heimatvereins herausgegebenen Publikation „Steinhude. Flecken zwischen Meer und Moor“ (ecrivir, Hannover 2009) informieren. Diese Geschichte ist sogar noch erlebbar. In der Bleichenstraße 28, eine knappe Viertelstunde Fußweg vom Ortskern nach Nordosten, befindet sich das Werksgelände der Leinenfabrik Steinhude. Ein Besuch lohnt sich schon allein wegen der sehenswerten Verkaufsräume und des gemütlichen Cafés. Seit 1997 kann man die Produkte der Leinenfabrik auch hier kaufen. Das Unternehmen fühlt sich – trotz des hohen Mechanisierungsgrades – einer handwerklichen Produktion von hoher Qualität verpflichtet, die Leinen und insbesondere Baumwolle als natürliche Rohstoffe verarbeitet. Billigware wird man also nicht finden. Dafür besteht jedoch die Möglichkeit, selbst eigene individuelle Aufträge zu erteilen.



Blick von der Bleichenstraße auf das Firmengebäude und die Außengastronomie des Cafés (Foto: Martin Stöber)

Stolz ist man auch auf die Firmengeschichte. Johann Dietrich Jacob Seegers aus Hannover zog es der Liebe wegen nach Steinhude, zu seiner Frau Anna Maria Elisabeth Pape. Seit dem Jahr 1765 arbeitete er als selbständiger Webermeister. Damit begründete er eine Familientradition, die inzwischen in neunter Generation besteht, denn hinter der heutigen Leinenfabrik „verbirgt“ sich auch der Name „Weberei Seegers & Sohn“. Die Website des Unternehmens (https://www.leinenfabrik.de) informiert kompakt über einige weitere Daten der Historie: Mechanisierung im 19. Jahrhundert, seit 1912 Produktion im bis heute genutzten Fabrikgebäude, im Laufe der 1950er Jahre Erschließung von Hotellerie und Gastronomie für einen sehr wichtigen Abnehmerkreis, 1997 Beginn des Fabrikverkaufs von Produkten vor Ort an Privatkundinnen und -kunden, 2017 Gestaltung der Leinenfabrik als ein Ensemble von Weberei, Verkauf und Café.

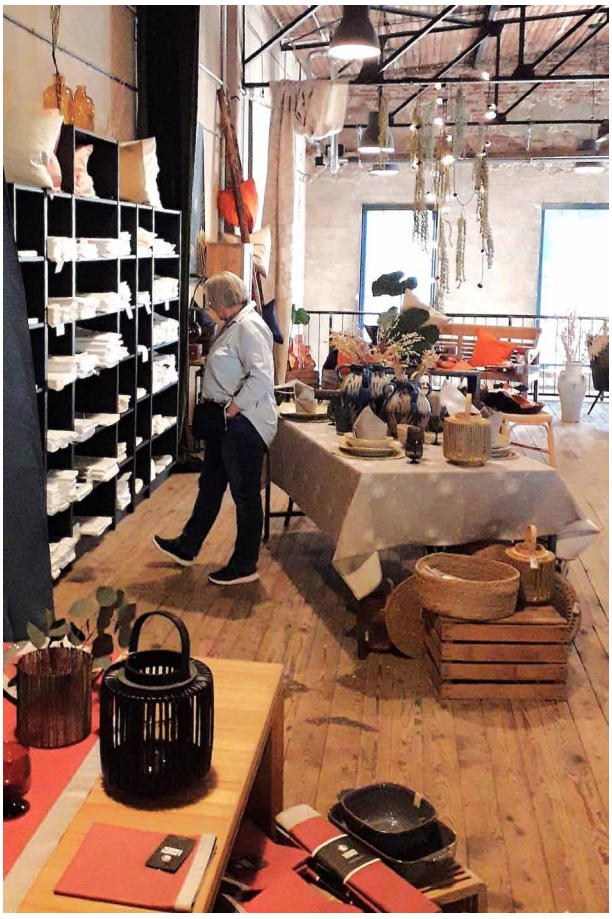
Ganz besonders lohnt sich der Besuch der Leinenfabrik an den Tagen der offenen Tür: „Vier Tage lang rückt unsere Weberei noch stärker in den Mittelpunkt. Bei kostenlosen Führungen zeigen wir, wie aus Garn Gewebe und aus gewebter Meterware ein fertiges Stück LEINENFABRIK wird“, wirbt die Homepage. Bereits von Donnerstag, dem 29. Oktober, bis Sonntag, dem 1. November 2026, öffnet die Weberei um 10:30, 12:00, 13:30, 15:00 und 16:30 Uhr wieder das Tor zu den Produktionsanlagen.

Die Führungen, zu denen man sich nicht anmelden muss, sind kompetent, kurzweilig und vermitteln höchst anschaulich Technik und Geschichte der Firma. Moderne Formen sogenannter Jacquardmaschinen, die auch in Betrieb präsentiert werden, sind dabei das absolute Highlight. Sie gehen auf eine Innovation von Joseph-Marie Jacquard aus Frankreich zurück, die es seit Beginn des 19. Jahrhunderts ermöglicht, die Kettfäden eines Webstuhls mit Hilfe von Lochkarten einzeln anzusteuern. Das gewünschte Muster wird dabei zunächst individuell auf einen dieser Lochstreifen übertragen und ist dann jederzeit automatisch und schnell reproduzierbar. Wenn die Schiffchen – genauer gesagt: die Weberschiffchen – mit den Schussfäden dann mit höchster Geschwindigkeit durch die Kettfäden hin und her katapultiert werden, zeigt sich, dass Weberei lautstark sein kann.

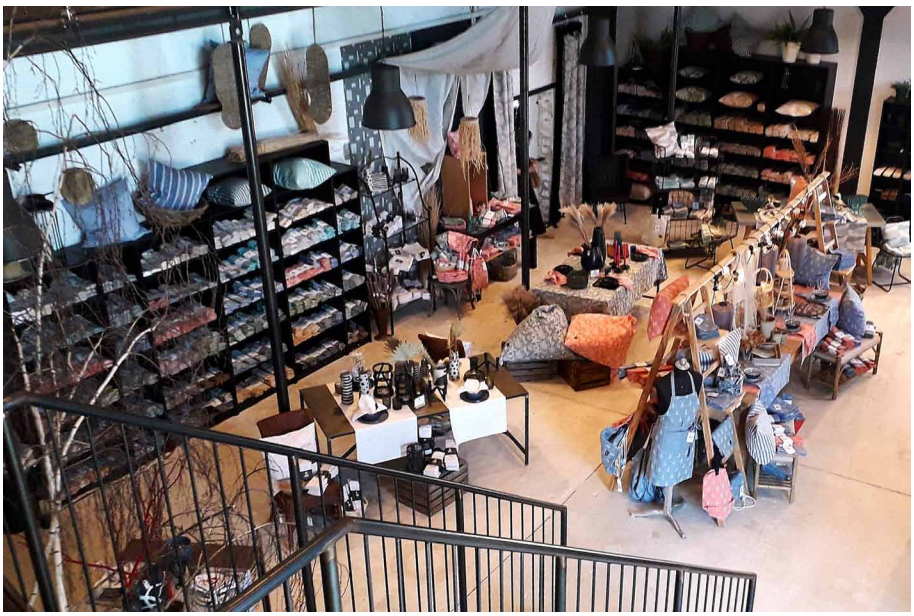
Auch Seegers & Sohn und verfügen über einen umfangreichen Schatz dieser Lochkarten, die im Kartenzimmer besichtigt werden können. Darüber hinaus steht auch die Schneiderei allen Interessierten im Rahmen der Führungen offen. Nach einem Besuch an einem der Tag der offenen Tür im Jahr 2024 kann mein Urteil nur lauten: äußerst empfehlenswert, für Geschichtsinteressierte wie Textil-Fans gleichermaßen.

(Martin Stöber)





Die ehemaligen Produktionsräume und heutigen Verkaufsflächen der Leinenfabrik (Fotos: Martin Stöber)





Die ehemaligen Produktionsräume und heutigen Verkaufsflächen der Leinenfabrik (Fotos: Martin Stöber)

Kurz notiert

Horst-Dieter Görg verstorben. Im vorangegangenen NIN-Newsletter hatten wir kurz auf die bevorstehende Veröffentlichung der überarbeitenden und ergänzten Neuauflage von „Niedersachsen und Bremen – Denkmale der Industrie und Technik“ hingewiesen und für den jetzt vorliegenden Newsletter eine ausführliche Rezension angekündigt. Horst-Dieter Görg hatte den Bildnachlass Manfred Hamms gesichert und die 1990 erschienene Erstauflage des Buches überarbeitet. Kurz nach der Buchpräsentation ist Horst-Dieter Görg im Alter von 67 Jahren an den Folgen einer schweren Krankheit verstorben. Horst-Dieter Görg war langjähriger Vorsitzender der HANOMAG-Interessengemeinschaft. Zur Geschichte der HANOMAG und ihrer Fahrzeuge hat er Ausstellungen kuratiert und etliche Publikationen erarbeitet. Darüber hinaus hat er sich als Technikhistoriker einen Namen gemacht. Sein Werk darf als wichtiger Bestandteil der Industriegeschichtsforschung bezeichnet werden. Eine Auswahlbibliographie ist unter https://de.wikipedia.org/wiki/Horst-Dieter_G%C3%B6rg zu finden. Die Rezension erscheint in einer späteren Ausgabe des NIN-Newsletters.
(Olaf Grohmann)

Fotografie – Manfred Hamm. Ebenfalls mit Aufnahmen aus dem Bildnachlass Manfred Hamms hat Horst-Dieter Görg eine Fotoausstellung kuratiert. Diese Ausstellung ist noch bis zum 24. Januar 2027 in der Galerie des zum Unesco-Welterbe gehörenden Fagus Werkes in Alfeld zu sehen. Nähere Informationen unter https://www.fagus-werk.com/de/events/detail/fotografie-manfred-hamm/
(Olaf Grohmann)

Als *Radium Girls* sind junge Frauen bekannt geworden, die Anfang des 20. Jahrhunderts für Unternehmen, unter anderem die „US Radium Corporation", Zifferblätter von Uhren mit radiumhaltiger Leuchtfarbe bemalten. Um exakte Linien ziehen zu können, spitzten sie ihre Pinsel immer wieder mit den Lippen an – auf Weisung ihrer Arbeitgeber. Da der menschliche Organismus Radium statt Calcium in die Knochen ‚einbaut', fielen den „Radium Girls" die Zähne aus, sie bekamen Tumore, ihre Knochen brachen bei geringer Belastung. Fünf Frauen gingen vor Gericht und klagten auf Schadensersatz. 1928 erhielt jedes „Radium Girl" eine einmalige Zahlung von 10.000 US-Dollar sowie eine jährliche Rente von 600 US-Dollar zugesprochen. Mehr als 100 der Geschädigten starben einen frühen Tod als Folge der Arbeit mit der radioaktiven Farbe. Die erfolgreiche Klage der fünf „Radium Girls" bildet aber auch die Grundlage späterer Sicherheitsvorschriften beim Umgang mit radioaktiven Stoffen. (Quelle: Bundesgesellschaft für Endlagerung (Hg.); einblicke, Oktober 2026).
Ein kurzer Film zur Problematik der „Radium Girls" ist unter der Adresse https://www.youtube.com/shorts/JwqOEqY8VFA abrufbar.

Termine* (Auswahl)

Niedersächsisches Museum für Kali- und Salzbergbau

6. November	Der Salzstock von Benthe – Geologie und heutige Oberflächengestaltung. Vortrag von Prof. Dr. Joerg Mutterlose 18.00 Uhr Eintritt frei, um Spenden wird gebeten

Besucherbergwerk Hüttenstollen

1. November	Am Tag nach Halloween: Bergwerksführung mit Gruseleffekten 11.00 und 13.00 Uhr Anmeldung empfohlen unter termin@der-huettenstollen.de
15. November	Von Schlegel und Eisen, Keilhaue und Pannschaufel Gezähe des Bergmanns, 15.00 Uhr Herbstführung mit Museumskaffee im Anschluss
13. Dezember	Bergmannsweihnacht 15.00 Uhr Adventsführung mit Lesung und Kaffee unter Tage (Stollen im Stollen)

*Alle Terminangaben ohne Gewähr, Änderungen und Irrtümer vorbehalten

INDUSTRIE
KULTUR
GESCHICHTE



Impressum

Herausgeber: Netzwerk Industriekultur Niedersachsen e. V. (NIN)
Amtsgericht Hannover - Registergericht VR 202006

Verantwortlich: Dr. Olaf Grohmann (Vereinsvorsitzender)
Helene-Weber-Straße 5 A
30974 Wennigsen (Deister)
Telefon: +49 5103 820461
E-Mail: info@industriekultur-niedersachsen.de

Redaktion: Martin Stöber, Dr. Olaf Grohmann, Martina Grohmann, Rudi Heim